

**V-46** Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!

Gremium: Landesverband Berlin  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

## Antragstext

1 Mit der im Bundestag beschlossenen Einigung zum Solarpaket wurden die  
2 Voraussetzungen für den Ausbau von PV-Anlagen deutlich verbessert. Für Mieter  
3 ist es jetzt einfacher geworden, den Strom, der auf dem Haus, das sie bewohnen,  
4 gewonnen wurde, auch billig zu verbrauchen. Die Ziele für den Ausbau von Agrar-  
5 PV wurden erhöht und bekommen zusätzliche Förderung. Die Installation von  
6 Balkon-Solaranlagen wurde vereinfacht. Das ist gut so.

7 Die gleichzeitig gefundene Einigung zum Klimaschutzgesetz hingegen ist eine  
8 Verschlechterung gegenüber dem Status Quo. In Zukunft besteht nur dann eine  
9 Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen  
10 werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. Die aktuelle Bundesregierung ist somit  
11 auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle mal aus der Verantwortung  
12 entlassen. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft  
13 grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern, auch wenn  
14 sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag  
15 verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute  
16 massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der  
17 Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung  
18 aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in  
19 Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.

20 In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat sich die SPD auf passive  
21 Anwesenheit beschränkt. Eine SPD-Ministerin hatte die Sektorziele in der letzten  
22 Koalition durchgesetzt, der Bundeskanzler hat aber nichts getan, um diesen  
23 Erfolg zu verteidigen. Die FDP hingegen hat sich zum Ziel gemacht, dem Kampf um  
24 die Beschränkung der Klimakrise aktiv im Weg zu stehen, und das nicht zum ersten  
25 Mal. Die FDP hat das Solarpaket als Geisel genommen; einerseits um sinnvolle  
26 Maßnahmen wie den Resilienzbonus aus dem Solarpaket zu streichen, andererseits  
27 um sich ihrer Verantwortung für Klimaschutz im Verkehr zu entledigen, indem sie  
28 das Klimaschutzgesetz entkernen. Das Klimaschutzgesetz war zuletzt auf Anlass  
29 eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts geändert worden, weil durch  
30 mangelnden Klimaschutz in der Gegenwart die Gefahr von drastischen  
31 Freiheitseinschränkungen in der Zukunft führt. Die FDP tut alles in ihrer Macht  
32 stehende, um diese Freiheitsbeschränkungen in der Zukunft, zu Lasten der  
33 kommenden Generationen Realität werden zu lassen.

34 Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als  
35 Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Grüne das  
36 einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der  
37 Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im  
38 Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wird diesem

39 Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein,  
40 für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Das Umweltbundesamt macht seit  
41 Jahren Vorschläge, wie ein Klimaschutzprogramm im Verkehrssektor, mit dem die  
42 Klimaziele des Sektors eingehalten werden können, aussehen kann. Aus unserer  
43 Sicht sollte so ein Programm noch in diesem Jahr ein Tempolimit von mindestens  
44 120 km/h auf Autobahnen, den Ausbaustopp des Autobahnnetzes, die notwendigen  
45 Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur und das Verbot von  
46 Kurzstreckenflügen beinhalten. Auch klimaschädliche Subventionen wie das  
47 Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden.  
48 Mindestens ein solches Sofortprogramm sollten wir von unserem Koalitionspartner  
49 einfordern, anstatt ihn mit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes aus der  
50 Verantwortung zu entlassen.

51 Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir  
52 schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld  
53 gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent  
54 so in der Bundesregierung handhaben. Aus diesem Grund drücken wir unsere  
55 Solidarität mit allen Grünen Abgeordneten, die sich entschieden haben, gegen das  
56 Klimaschutzgesetz zu stimmen, aus.